

Meinungen

Kommentar

Lasst uns die Heizung runterdrehen

Die Abhängigkeit von russischem Gas ist nicht nur wegen des Krieges in der Ukraine zu senken.

Es ist für viele ein Dilemma, die mit Gas heizen oder kochen: das Wissen darum, dass man mit seinem Gasverbrauch ziemlich direkt den russischen Staat mitfinanziert. «Frieren für den Frieden» ist der Ausdruck dafür in Deutschland. Wer Wladimir Putin schaden will, soll Energie sparen, nannte es der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Solche Voten sind natürlich erst einmal Symbolik. Sie entstehen aus dem Wunsch heraus,

irgendwas zu tun, um dem Krieg in der Ukraine etwas entgegenzusetzen. Nun, die Realität ist komplexer. Wer die Heizung runterdreht, das Schwimmbad nicht mehr heizt oder seine Gasheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt, stoppt mitnichten Putins Krieg in der Ukraine.

Und doch: Es ist wegen der Versorgungssicherheit und des Klimawandels in unserem ureigenen Interesse, weniger Energie zu verbrauchen und un-

Es wäre eine rationale Entscheidung, im Privaten das Möglichste zu tun.

ser Energiesystem umzustellen. Das fängt im Grossen an: Die Politik muss vorwärts machen, um die Rahmenbedingungen optimal zu gestalten, damit der Ausbau von erneuerbaren Energien schneller vorangeht. Und die Stromkonzerne im Besitz der Kantone müssen ihre Anstrengungen erhöhen, um den Ausbau zu beschleunigen. Doch damit ist es nicht getan.

Wollen wir unabhängiger von russischem Gas werden, müssen wir alle anpacken. Haushalte,

die mit Gas heizen, können die Heizung weniger hochdrehen, den Stromverbrauch reduzieren hilft dabei ebenso. Denn ein Teil des Stroms aus unserer Steckdose stammt aus Gaskraftwerken in Europa. Die – Sie ahnen es – mit russischem Gas betrieben werden.

Dabei geht es nicht um den Verzicht, nur damit man das eigene Gewissen angesichts der Bilder aus der Ukraine beruhigt hat. Es wäre eine rationale Entscheidung, im Privaten das

Möglichste zu tun. Und das durchaus aus Egoismus, wenn man denn so will. Denn je weniger abhängig wir punkto Energie von ausländischen Playern sind, desto besser. Wenn wir dabei noch ein ganz klein wenig Putin ausbremsen, ist das ein willkommener Nebeneffekt.



Philipp Felber-Eisele

Dieser schönfärberische Bericht irritiert

Das im Auftrag des BAG erstellte Papier zur Pandemiebewältigung spielt das Versagen von Politik und Behörden herunter.

Nik Walter

Man ist es in Zeiten der Social-Media-Blasen ja gewohnt, dass die Sicht auf die Welt je nach Perspektive völlig unterschiedlich ausfallen kann. Dass nun aber ein vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) extern in Auftrag gegebener Bericht zur «Evaluation der Pandemiebewältigung Covid-19» absolut zentrale Aspekte des hiesigen Pandemiemanagements schlicht ausblendet oder nur durch eine rosa Brille beleuchtet, irritiert doch gewaltig.

So kommt der Bericht zum Schluss, dass «Bund und Kantone meist angemessen und, von Ausnahmen abgesehen, zeitgerecht auf die Covid-19-Bedrohungslage reagiert haben». Mit Verlaub: Schon nur ein Blick auf die bestätigten Corona-Todesfälle in der Schweiz – Stand heute: rund 13'200 – zeigt, dass diese Aussage Augenwischerei ist. Denn andere, mit der Schweiz durchaus vergleichbare Länder wie Dänemark, Finnland oder Norwegen haben deutlich tiefere Todesfallzahlen. Diese Länder schützten ihre Bevölkerung «angemessener», als es noch keine Impfung gab.

Der vorliegende Bericht hingegen vergleicht das Handling in der Schweiz nur mit jenem von Österreich und Schweden – mit zwei Ländern also, die in der Pandemiebewältigung ebenfalls keine gute Figur machten.

Bei uns – man muss es so deutlich sagen – versagten Politik und Behörden vor allem im Herbst 2020, als sich die zweite Welle anbahnte. Trotz wiederholter Warnungen aus der Wissenschaft schoben sich Bund und Kantone – schön föderalistisch – gegenseitig die Verantwortung zu, mit der Folge, dass effiziente Massnahmen in den allermeisten Kantonen erst viel zu spät ergriffen wurden. Als Konsequenz starben allein in der zweiten Welle rund 8000 Menschen in der Schweiz an Corona, die Über-

sterblichkeit war im November und Dezember 2020 eine der höchsten weltweit.

Man könnte nun erwarten, dass ein Evaluationsbericht genau dieses Versagen auch als solches benennt. Die Autoren tun es aber höchstens ansatzweise. So wird zwar erwähnt, dass man «nicht zeitgerecht auf die Bedrohung im Spätsommer 2020 reagiert» und dass dies zu einer hohen Übersterblichkeit geführt habe. Als «unangemessen» beurteilt der Bericht aber nicht etwa diese Verfehlung, sondern nur drei Nebenschauplätze: die Isolation von Menschen in Alters- und Pflegeheimen, die Schulschliessungen im ersten Lockdown sowie das Verbot von verschiebbaren Eingriffen in den Spitälern.

Der Bericht widmet sich ausführlich den «wirtschaftlichen Folgen von Massnahmen zum Schutz der Gesundheit» – was durchaus legitim ist. Er verpasst es aber, weitere zentrale Punkte des Pandemiemanagements anzusprechen. So wird mit keinem Wort erwähnt, dass es das oberste Ziel hätte sein müssen, die physische und psychische Gesundheit der Bevölkerung so gut wie möglich zu schützen – gerade auch wegen der Langzeitfolgen, Stichwort Long Covid. Doch die Evaluation ignoriert dieses Thema komplett – genau wie dies der Bund und das BAG seit bald zwei Jahren tun.

Ein weiteres Beispiel: Impfen. Dass die Schweiz eine der tiefsten Impfquoten in Westeuropa hat, ist nicht zuletzt auf die missglückten Impfkampagnen des BAG zurückzuführen. Auch dazu verliert der Bericht kein Wort.

Bitter ist letztlich aber vor allem, dass einen die Schönfärberei gar nicht gross überrascht: Im Steuerungsausschuss der Evaluation sassen ausschliesslich aktuelle oder ehemalige Mitarbeiter des BAG.

Nik Walter

Gastbeitrag



Die Erfolgsserie «Tschugger» von Ende letztem Jahr war die erste Koproduktion von SRF mit einer Streamingfirma. Foto: Dominic Steinmann (SRF)

Konsumentenfeindlich und eurozentristisch

Das neue Filmgesetz ist ein Affront gegen die Konsumenten und die Jugend und ist erfüllt von einem bedenklichen protektionistischen Geist.

Matthias Müller

Internationale Streaminganbieter wie Netflix oder Disney+ und ebenso schweizerische Anbieter wie Swisscom oder UPC/Sunrise müssen mit dem neuen Filmgesetz jährlich mindestens 4 Prozent ihres in der Schweiz erwirtschafteten Bruttoumsatzes in das Schweizer Filmschaffen investieren und ihren Filmkatalog zu mindestens 30 Prozent mit europäischen Filmen füllen.

Wohlklingend als «Investitionspflicht» verbrämt und mit dem Gewande des «Heimatschutzes» getarnt (wer wollte schon etwas gegen die Förderung der heimischen Filmkultur einzuwenden haben?), handelt es sich bei der Umsatzabgabe um nichts anderes als um eine Steuer auf Filmen. Der Bund geht von jährlichen Kosten von 20 bis 30 Millionen Franken aus. Es liegt auf der Hand, dass die Streaminganbieter diese zusätzlichen Kosten auf die Konsumenten abwälzen werden.

Herr und Frau Schweizer, ohnehin schon mit hohen Abogebühren geschlagen, dürfen dann noch etwas tiefer ins stetig leichtere Portemonnaie greifen. Einmal mehr ist also der Konsument der «Dumme». Hart trifft es die Jugendlichen, die einerseits das grosse Angebot und die Freiheit von Netflix und Co. besonders schätzen, andererseits aber meistens über die geringsten finanziellen Mittel aller Alterssegmente in der Bevölkerung verfügen.

Um das finanzielle Schicksal und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Filmschaffenden – ohne Zweifel wichtige Vertreter unserer Zivilgesellschaft – brauchen wir uns übrigens keineswegs zu sorgen: Bereits heute fliessen jährlich mehr als 120 Millionen Franken aus öffentlicher Hand in das schweizerische Filmschaffen. Und das bleibt auch mit einem Nein zum Filmgesetz am 15. Mai so! Denn: Die Förderung der hiesigen Filmwirt-

schaft ist zweifellos ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Kulturpolitik.

Noch mehr Anlass zu Bedenken gibt allerdings die Pflicht für Streamingdienste, dass mindestens 30 Prozent der angebotenen Filme europäisch und diese Filme gar «besonders gekennzeichnet und gut auffindbar» sein müssen. Abgesehen von der Binsenweisheit, dass Vielfalt durch Quote noch nie eine gute Idee war, ist diese Filmquote eine unheilvolle und illiberale Mischung aus paternalistischer Bevormundung des Konsumenten und eurozentristischem Protektionismus. Der Konsument soll – so die Haltung, die aus dem Gesetz spricht – nicht nur in finanzieller Hinsicht der «Dumme» sein, sondern weiss offenbar auch nicht, welche Filme er gern schaut.

Der Gesetzgeber scheint ausserdem nicht bedacht zu haben, dass eine Quote zugunsten europäischer Filme sich

zwangsläufig zulasten der chronisch unterrepräsentierten Filmmärkte Asiens, Südamerikas und Afrikas auswirken wird. Netflix und Co. werden aus Renditeüberlegungen kaum amerikanische Blockbuster aus dem Katalog entfernen; sie werden aber durch dieses Gesetz gezwungen sein, auch dem vielversprechendsten afrikanischen Filmprojekt von Anfang an jede Chance zu verwehren.

Wollen wir wirklich dieser Art von staatlich erzwungenem cineastischem Eurozentrismus Vorschub leisten? Das neue Filmgesetz geht am Konsumenten vorbei. Es ist ein Angriff gegen die Vielfalt und Offenheit der Schweiz. Es verhindert Kreativität und Qualität und ist ungerecht. Sagen wir zu diesem Irrweg gemeinsam Nein am 15. Mai!

Matthias Müller ist Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz und des Referendumskomitees «Filmgesetz Nein».